



Tom Abele – Fraktionsvorsitzender – 88400 Biberach

Anträge und Anfragen der CDU Fraktion zum Haushalt 2017

Biberach, 21.11.2016

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,

zum Haushalt 2017 der Stadt Biberach stellt die CDU-Fraktion die nachfolgenden Anträge und bittet die Verwaltung um die Beantwortung der Fragen.

Mit freundlichen Grüßen

Tom Abele

Fraktionsvorsitzender



Vorbemerkungen:

Der Haushalt der Stadt Biberach befindet sich weiterhin auf einem sehr hohen Niveau, sowohl auf der Einnahmen-, als auch auf der Ausgabenseite. Mit der Fortschreibung des Investitionsprogrammes im Sommer dieses Jahres wurde bereits eine wesentliche Grundlage für das kommunale Handeln in den kommenden Jahren gelegt. Diesem beschlossenen und ehrgeizigen Programm will die CDU-Fraktion folgen und gleichzeitig Partner für eine erfolgreiche und effiziente Umsetzung sein. Aus diesem Grund haben wir dieses Jahr darauf verzichtet, Anträge zu stellen, die dieses Programm ausdehnen und das Erreichen der gemeinsam gesteckten Ziele, auch eines soliden Haushaltes, gefährden.

Dennoch wollen wir wieder an die bereits in den Vorjahren skizzierte und mit Anträgen unterlegte zentrale Aufgabe der Zukunftssicherung unserer Stadt anknüpfen. Leider erkennen wir, dass die von uns gestellten Anträge bisher auf wenig Resonanz stoßen. Zu nennen sind hier die Zukunftswerkstatt (letztlich auf Intervention der Verwaltung vom Gemeinderat abgelehnt), das Konzept der finanziellen Zukunftssicherung (als Ersatz für die bereits 2011 geforderte Haushaltsstrukturkommission, jedoch ohne weitere Bearbeitung), die kennzahlenorientierte Steuerung städtischer Einrichtungen (von der Verwaltung in diesem Haushalt selbst gefordert, aber bis dato nicht auf der Tagesordnung) oder die Auseinandersetzung mit dem Grundgedanken zum zukünftigen Bauen in Biberach (noch keine Rückmeldung auf unsere Initiative in 2016). Einzig und allein der von uns beantragte Stellendeckelungsbeschluss, der in 2017 ausläuft, wurde teilweise umgesetzt.

Da wir als CDU diese Themen weiterhin als zentrale Aufgaben zukünftigen kommunalen Handelns sehen, werden wir diese auch in diesem Jahr in den Beratungen thematisieren.



ANTRÄGE zum Haushalt 2017

Antrag 1: Gewerbeflächenkonzept

Die Zukunftsfähigkeit der Stadt Biberach hängt in hohem Maße von der Ertragskraft und den Entwicklungsmöglichkeiten unserer Betriebe ab. Daher sollen Ziele zum Management und der Vergabe von Gewerbeflächen formuliert werden, die transparent und nachvollziehbar sind.

Begründung: Die Prosperität eines Wirtschaftsstandortes wird im Mix der Branchen und Unternehmensgrößen abgebildet. Auch muss die Möglichkeit geschaffen werden, dass Unternehmen an ihren Standorten sich in neue Geschäftsfelder entwickeln können. Hemmende Vorschriften aus den Bebauungsplänen sind dabei auf den Prüfstand zu stellen. Es bedarf daher grundsätzlicher Annahmen zur Vergabe von Gewerbeflächen, Weiterentwicklungspotenzialen und für einen Branchen- und Größenmix (Stichwort: Flächen für KMU) Die Weiterentwicklung bestehender Gewerbeflächen und die Umwandlung in neu strukturierte Flächen wird berücksichtigt. Dabei muss auch das IGI mit Nachdruck vorangetrieben werden. Aber auch Gewerbeflächen in unseren Teilorten sind denkbar. Unser Ziel ist, dass ich auch zukünftig kleinere und mittlere Unternehmen in Biberach weiterentwickeln können.

Antrag 2: Sicherheit in Biberach

Wir beantragen die Aufstockung des kommunalen Ordnungsdienstes um eine Stelle, um die Präsenzzeiten ausweiten zu können. Die Verwaltung soll zudem mit der Polizei in Kontakt treten, inwieweit sogenannte Sicherheitspartnerschaften (gemeinsame Streifen von Polizei und KOD) umgesetzt werden können. Im Rahmen von Informationsangeboten (z.B. über die VHS) sollen die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, sich über Maßnahmen zur Verbesserung der eigenen Sicherheit (z.B. Einbruchschutz, Nachbarschaftshilfe etc.) zu informieren.

Begründung: Die letzten Analysen der Polizei ziehen, dass Biberach zwar weiterhin eine sehr sichere Stadt ist, jedoch der Anstieg der Kriminalität vor Biberach auch nicht Halt macht. Die subjektive Sicherheitswahrnehmung hat sich in den letzten Monaten deutlich verändert. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich unsicherer als früher. Dies zeigt sich auch in der Zunahme der Anträge für den Kleinen Waffenschein.

Antrag 3: Projekttopf „Sozial Benachteiligte“ zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements

Für 2017 wird ein Projekttopf eingerichtet, der mit 50.000 € dotiert ist. Diese Mittel werden auf Antrag bewilligt. Antragsberechtigt sind alle im Ehrenamt tätigen Initiativen, aber auch Privatpersonen mit Sitz in Biberach. Der Höchstbetrag ist dabei auf 2.500 € begrenzt. Über die Verwendung entscheidet die Verwaltung (z.B. Ehrenamts- und Integrationsbeauftragte) analog dem kommunalen Bildungsplan.

Begründung: Das bürgerschaftliche und ehrenamtliche Engagement in unserer Stadt ist groß. Vereine, Kirchliche Gruppen, Initiativen und andere Organisationen sind in vielfältiger Weise für unser Gemeinwesen aktiv, sei es in der Jugendarbeit, der Betreuung von Sozialbenachteiligten, der gegenseitigen Hilfe oder im Vereinsleben. Sozialer Ausgleich, Hilfe und auch Integration findet oftmals im Kleinen ohne staatliche



Unterstützung und Strukturen statt. Dieser Topf soll zur Finanzierung von kleineren Projekten beitragen, die über keine anderen Strukturen finanziert werden können, sei es in der Flüchtlingsarbeit, in der Jugendarbeit, in der Unterstützung von sozial Schwächeren, Tandemarbeit, Seniorenarbeit etc. verbunden mit der Hoffnung, dass hieraus nachhaltige Projekte entstehen.

Antrag 4: Konzeptionelle Weiterentwicklung der Budgets

Die Verwaltung erstellt bis zu den Haushaltsplanberatungen 2018 eine Konzeption, wie die aktuellen Budgets inhaltlich und strukturell weiterentwickelt werden können. Dieses umfasst das Kulturbudget, sowie die Kindergärten- und Schulbudgets. Sollten aus Sicht der Verwaltung weitere, neue Einrichtungen budgetiert werden, so sind diese in die Konzeption aufzunehmen.

Begründung: 1998 wurde erstmal ein Schulbudget eingerichtet. Nach 20 Jahren sollten wir belastbare Informationen bekommen ob die Ziele ' verbesserte Dispositionsmöglichkeiten', ' mehr Flexibilität', ' Verbesserung der Wirtschaftlichkeit', und ' gestärktes Kostenbewusstsein', erreicht wurden. Im Rahmen der Diskussion um die Haushaltsausgabereise wurde auch der Überhang in den Schulbudgets thematisiert. Weiteres Beispiel für offene Fragen in der Budgetierung ist die Besetzung der Stelle Museumspädagogik, deren Finanzierung aus dem Schulbudget unterschiedlich bewertet wird. Daher sollte das Budget als solches auf seine Richtlinien geprüft und weiterentwickelt werden. Insbesondere aber auch nach den vielen schulpolitischen Änderungen der letzten 20 Jahre die damals beschlossenen Ziele die richtigen sind oder ob es an irgendeinem Punkt notwendig ist nachzujustieren.

Antrag 5: Konzept der finanziellen Zukunftssicherung

Die Idee des Konzeptes wird weiterverfolgt. Ziel ist die Durchforstung des Haushalte auf Effizienz- und Einsparpotentiale.

Antrag 6: „Wohnen für Senioren“

In den beiden zukünftigen Baugebieten „Hauderboschen“ und „Breite“ wird geprüft, ob in Zusammenarbeit mit Bauträgern ein spezielles Angebot in Form eines Geschosswohnungsbaus entwickelt werden kann, welches sich insbesondere an Senioren richtet.

Begründung: Immer wieder möchten Besitzer von Einfamilienhäusern mit Grundstücken diese im Alter aufgeben und kleinere Eigentumswohnungen erwerben, nicht nur in der Kernstadt, auch in den Ortsteilen. Nicht zu verwechseln ist unsere Anregung mit betreutem Wohnen, wobei durchaus der Gedanke einer freiwilligen, gemeinsamen Nutzung von spezifischen Angeboten mit einfließen kann.

Antrag 7: Quartiersmanagement

Für die Stadt Biberach wird ein Quartiersmanagement eingeführt.

Begründung: Bisherige Stadt- und Quartiersplanung und -entwicklung findet in der Regel statt unter Berücksichtigung von Fragen zur technischen, wirtschaftlichen und ökologischen Infrastruktur.



Soziale Fragestellungen werden dagegen tendenziell eher zielgruppenspezifisch und eher weniger quartiersbezogen wahrgenommen.

Künftige Stadt- und Quartiersentwicklung sollte daher um den Aspekt sozialplanerischer Perspektiven ergänzt werden.

Das heißt:

Neben die Pflege der technischen Infrastruktur (z.B. Straßeninstandhaltung, Energieversorgung, Verkehrsplanung inkl. ÖPNV, Umsetzung baulicher Standards, ...), der wirtschaftlichen Infrastruktur (z.B. Wirtschaftsförderung, Sicherstellung von Einkaufsmöglichkeiten im Quartier, ...) und der ökologischen Infrastruktur (z.B. Begrünung, Entsorgung, Einhaltung ökologischer Standards, ...) tritt die Pflege des sozialen Mikroklimas im Quartier bzw. Ortschaft.

Ähnlich einem Straßenkataster wird ein „Sozialkataster“ für spätere Handlungsoptionen erstellt, der für die verschiedenen Quartiere im Stadtbereich und in den Ortschaften zum Beispiel erhebt:

- Welche verschiedenen sozialen Milieus, Altersgruppen und Kulturen leben hier?
- Wie sieht die spezifische Kriminalität im Nahraum aus? Wo sind die sicherheitsrelevanten neuralgischen Orte?
- Wie sieht die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum aus?
- Wer sind die Akteure, die öffentlich im Gemeinwesen aktiv sind? Wie stark ist die ehrenamtliche Vernetzung durch Vereine, Kirchengemeinden und Initiativen? Gibt es (informelle) Netzwerke, die sich störend/gefährdend aufs Gemeinwesen auswirken? Gibt es funktionierende Strukturen der Nachbarschaftshilfe?
- Wie sieht die Infrastruktur und Wohnqualität für junge Familien aus?
- Wie sieht die Infrastruktur und Wohnqualität für Senioren aus?

Ziel der Erhebung ist es, die Lebens- und Wohnqualität und das Sicherheitsempfinden der Bewohner eines Quartiers zu erheben und – wo nötig – für Verbesserungsmaßnahmen zu sorgen nach dem Motto: „in den eigenen vier Wänden gesund, sicher und friedlich (zusammen-)leben bis ins Alter“.

Umsetzung

Für die Umsetzung eines Quartiersmanagements werden nicht per se neue Planstellen benötigt. In Biberach fängt man hier nicht „bei Null“ an. Zahlreiche Akteure sind bereits in Richtung eines Quartiersmanagements unterwegs, zum Beispiel: Stadtteilverein Gaisental, Weißes Bild, Fünf Linden e.V., Stadtteilverein Sandberg, AK Soziales und AK Sozialplanung der Lokalen Agenda, Jugend Aktiv e.V., Stadtseniorenrat, Integrationsbeauftragte der Stadt Biberach, Ordnungsamt, Stadtplanungsamt, Polizei, Präsenzdienst, diepflegebrücke, ...

Aufgabe wäre es, Quartiersmanagement mit der geschilderten sozialen Implikation als Querschnittsaufgabe städtischen Handelns in allen Handlungsfeldern zu implementieren und entsprechende Handlungsoptionen zu entwickeln, die den sozialen Frieden, die Sicherheitslage und die Nachbarschaftshilfe im Nahraum



erhöhen. Die Vernetzung der relevanten Ämter, Initiativen, Vereine und Einrichtungen ist diesem Ziel förderlich.

Antrag 8: Stellendeckelungsbeschluss

Der Stellendeckelungsbeschluss wird über das Jahr 2017 in der bisher gültigen Fassung fortgeführt.

Begründung: Der Stellendeckelungsbeschluss hat sich bewährt und zu einer Dämpfung des Anstieges der Personalkosten geführt (trotz 14 neuer Stellen für 2017, vornehmlich aus dem Bereich Bildung und Betreuung).

Antrag 9: Finanzierung von Stellen/Projekten über Dritte (Zuschüsse, Projektgelder ...):

Der Gemeinderat wird darüber informiert, wenn insbesondere Stellen über Dritte finanziert oder bezuschusst werden.

Begründung: Oftmals fällt die Aufgabe nach Auslaufen der Gelder der Stadt zur Fortsetzung der Finanzierung zu. Der GR hat darüber zu befinden.

Antrag 10: Prüfauftrag für ein kommunales Beschäftigungsprogramm für Menschen mit geringer Qualifikation

Die Verwaltung prüft, ob ein solches Programm umsetzbar ist. Wir denken da an 3 Stellen im Bereich des Bauhofes zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen oder die Heranführung von Flüchtlingen an den deutschen Arbeitsmarkt.

Begründung: Die Politik fordert in regelmäßigen Abständen die Wirtschaft auf, mehr für die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen, gering Qualifizierten oder Flüchtlingen zu leisten. Die öffentliche Hand sollte sich ebenfalls dieses Themas annehmen. Mögliche Förderprogramme zur Kofinanzierung sollen dabei geprüft werden. Diese Maßnahme soll trotz Stellendeckelungsbeschluss aufgelegt werden. Mit dieser Maßnahme sollen auch die beiden möglicherweise wegfallenden Stellen im Präsenzdienst kompensiert werden.

Antrag 11: Kauf des Postareals

Die Stadt tritt mit dem Eigentümer in Verhandlung über einen möglichen Erwerb des Postareals.

Begründung: das Areal ist eine städtebaulich prägende Wirkung und ist das Eingangstor für viele Besucher, die mit der Bahn nach Biberach kommen. Nachdem das ursprüngliche Konzept des derzeitigen Eigentümers und Investor nicht umgesetzt werden kann, soll sich die Stadt um einen Erwerb bemühen, um eine Überplanung mit einem neuen Investor wesentlich mitgestalten zu können.



Antrag 12: Einrichtung einer Haushaltsstelle Lokales Bündnis Familie Biberach

Hiermit beantragt die CDU-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Biberach die Einrichtung einer Haushaltsstelle „Zuweisung an das Lokale Bündnis Familie Biberach“ ab dem Haushalt 2017, um die Verwaltungskosten des Bündnisses abzudecken, und diese mit dem Betrag von 700 € / Jahr zu dotieren.

Begründung: Das Lokale Bündnis Familie Biberach ist seit nunmehr 10 Jahren unterstützend für die Stadt Biberach im Bereich Familien tätig. Als loser Zusammenschluss im Bereich Familie tätiger Einzelpersonen und Organisationen übernimmt das Bündnis damit Aufgaben, die das Leben in der Stadt gestalten und gleichzeitig wichtig sind für die Innensicht der Bürger auf die Stadt - und ebenso die Außensicht auf die Stadt. Damit ist das Bündnis für die Stadt Biberach tätig. Bei dieser Arbeit entstehen Ausgaben für Homepage (ca. 450 € Jahr) sowie Mitgliedsbeiträge in übergeordneten Familien fördernden Organisationen (Landesbündnis Familie ca. 100 €) und Eigenwerbung (150 €), die das Bündnis nicht selbst tragen kann und die sich aus Mitgliedsbeiträgen nicht finanzieren lassen.

Laut Mitteilung der Verwaltung ist eine Deckung dieser Ausgaben aus der Haushaltsstelle 1.4600.63800 „Familienarbeit“ nicht möglich, da hier rein Projekte für Familien gefördert werden. Die CDU-Fraktion ist jedoch der Ansicht, dass ähnlich wie im Bereich Städtepartnerschaften es im Sinne der Stadt Biberach sein muss, neben den Projekten für Familien auch das Lokale Bündnis als Vertretungsorganisation zu unterstützen und am Leben zu erhalten.

Antrag 13: Inklusion - Toilette für alle

Die Verwaltung erarbeitet gemeinsam mit dem „Beirat für Inklusion“ ein Konzept für eine „Toilette für alle“ und sucht einen dafür geeigneten Standort.

Begründung: Wir verweisen auf die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung, seit 2009 auch in Deutschland gültig, die soziale Inklusion, also die umfassende und gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen unabhängig von der Schwere einer Behinderung, fordert. „Toiletten für alle“ leisten hierzu einen wesentlichen Beitrag.

Antrag 14: ÖPNV - Stadtbus

Die Anträge der CDU-Fraktion aus dem Jahr 2015 zu den Taktzeiten in den Schulferien, zu zusätzlichen Fahrten am Abend und Samstag sowie zum AST (Anrufsammeltaxi) werden bearbeitet, sodass eine Umsetzung zum nächsten Fahrplanwechsel möglich wird.

Begründung: bereits beschlossen



Antrag 15: Beleuchtung des Radweges Rindenmoos - Rißegg

Die Beleuchtung Radweg Rindenmoos – Rißegg wird in die Planungen aufgenommen.

Begründung: Im Zuge der Entwicklung des Baugebietes Breite in Rindenmoos wird zeitgleich die Beleuchtung des Rad- und Gehweges Rindenmoos-Rissegg realisiert. Dies dient zur Sicherheit, vor allem für die Kinder und Jugendlichen, die in Rißegg die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, sowie die Vereinsangebote besuchen werden.

Antrag 16: Umgestaltung Grünanlage Vorbereich Dürnhalle

Für die Umgestaltung werden die erforderlichen Planungsmittel (Fremdvergabe) eingestellt.

Begründung: Durch die Starkregenereignisse 2016 wurde der bisherige Waldfestplatz beim Schützenhaus stark beschädigt und wird für das Waldfest zukünftig nicht mehr benutzt werden.

Diese oder ähnliche Veranstaltungen werden in Zukunft vor und in der Dürnhalle stattfinden. Damit bei solchen Veranstaltungen bei schönem Wetter eine Außenbewirtung stattfinden kann, muss die schräge Grünanlage im Vorbereich umgestaltet werden.

Der OR befasst sich bereits seit 2012 (erstmalig wurde der Antrag des Musikvereins 2010 für den Haushalt 2011 als Merkposten wegen der schwierigen HH-Situation zu dieser Zeit beantragt) mit der Umgestaltung der Grünanlage vor der Dürnhalle für eine Nutzung durch den Musikverein, da dieser so die Möglichkeit erhalten würde, sein in der Regel 2-tägiges Waldfest hierher zu verlegen, um einerseits wetterunabhängig agieren zu können (bei Schlechtwetter Durchführung in der Dürnhalle, bei gutem Wetter oder Wetterbesserung im Freien vor der Halle) und andererseits die in der Halle vorhandene Küche und den Sanitärbereich mitnutzen zu können.

Der Antrag findet sich insofern in den HHPI-Anmeldungen der Ortsverwaltung ab 2012 jährlich wieder. Überlegungen, diese Umgestaltung über das Projekt "Freizeiteinrichtung Ringschnait" (schon im Jahre 2014) umgesetzt zu bekommen, waren wegen nicht ausreichender HHM nicht möglich.

Der Ortschaftsrat will diese Umgestaltung vor dem Hintergrund des im Jahre 2021 anstehenden 100-jährigen Vereinsjubiläums des Musikvereins mit 2 - 3 Jahren Vorlauf umgesetzt haben.

In Anbetracht der Arbeitsfülle beim Amt 61 hatte der Ortschaftsrat die Maßnahme für den HHPI 2016 ausgesetzt; insofern erfolgte die Anmeldung für 2017 mit dem Vorschlag – Planung 2017, Umbau 2018.

Die Überplanung der Grünanlage kann angesichts der drei Jahrhunderthochwasser 2014 und zweimal 2016 nicht ohne Einbezug der Hochwasserschutzmaßnahmen in diesem gesamten Bereich getroffen werden, sondern muss diese mit beinhalten.



Antrag 17: Wielandstraße und Umfeld

Die Planungen für die Neugestaltung der Wielandstraße samt Umfeld werden ohne zeitliche Vorgabe als Merkposten wieder in die Planungen aufgenommen.

Begründung: dieses Projekt ist erstmalig nicht mehr im Haushaltsplan aufgeführt. Wir halten die Maßnahme für wichtig, wenn auch derzeit andere Projekte höhere Priorität besitzen

Antrag 18: Bessere Beschilderung städtischer Einrichtungen

- (a) Die städtischen Einrichtungen, insbesondere Sporthallen, aber auch Schulen, werden besser beschildert.
- (b) Alle städtischen Hallen werden mit Namen versehen.

Begründung: (a) Immer wieder wird von Auswärtigen die schlechte Beschilderung der Sporthallen und anderer öffentlicher Einrichtungen beklagt. Die Verwaltung übermittelt ferner die GPS Daten und Bezeichnungen an die Kartenbetreiber z.B. für den Bereich „Sonderziele“. Die Informationen auf der Homepage der Stadt werden besser dargestellt.

(b) im Haushaltsplan lesen wir z.B. Turnhallen der Gymnasien (S. 238) und Sporthalle der Gymnasien (S. 240). Quizfrage an die Verwaltung: welche Halle verbirgt sich unter welcher Bezeichnung? Bei richtiger Antwort darf sich die Verwaltung eine CDU-Anfrage raussuchen, die sie nur mit hohem Aufwand beantworten „kann“.

Antrag 19: Antragsmanagement

Die Verwaltung erstellt eine Übersicht der beschlossenen, aber noch nicht abgearbeiteten Anträge der Fraktionen aus den Jahren 2014 bis 2016, ergänzt durch eine mögliche Zeitschiene.

Begründung: anhand dieser Liste soll auch entschieden werden, welche Anträge weiterverfolgt werden sollen, damit diese nicht still und ruhig in der Versenkung verschwinden.

Antrag 20: Sperrvermerke

Für folgende Haushaltsstellen wird ein Sperrvermerk angebracht:

Seite 470 – Wohnungsbau: Projektkoordination durch JKLM

Seite 490 – Stadthalle: Schnurlostelefone

Seite 490 – Stadtmarketing: Stadtinformationssystem



Antrag 21 zum Stellenplan, lfd. Nr. 15 der Begründung

Grundsätzlich bejaht die CDU die Entscheidung zukünftiges Personal schon durch Übernahmezusagen der aktuellen Auszubildenden an die Stadt Biberach zu binden. Wir bitten allerdings um eine Konkretisierung:

- Welche Ausbildung wird bevorzugt?
- Welche Anforderungen müssen diese mitbringen?
- Wie viele sollten es sein?
- Wo setzt man diese ein – falls zu Beginn keine markante Stelle frei ist – evtl. im Vertretungspool?

Wir bitten um Zustimmung.



FRAGEN zum Haushalt 2017

Lfd				
Nr.	Kapitel	Seite	HH-Stelle	Frage
1	Anlage 21	545	1100	Sollen alle stationären Blitzer nun bestückt werden?
2	Anlage 21	551	3700	Wann ist der Baubeginn in der Stadtpfarrkirche vorgesehen und wie stellen sich die einzelnen Abschnitte dar?
3	Anlage 21	551	4640	Ist in Hauderboschen ein 4gruppige Betreuungseinrichtung geplant? Gibt es Gespräche mit Sana wg. einer Kooperation mit der dort geplanten KiTa?
4	Anlage 21	551	4640	Wird Wolfgangsberg aufgegeben?
5	Anlage 21	559	8800	Hochbau Lagerflächen: wie ist dieser hohe Ansatz begründet?
6	EPL 0	55	4000	Trotz der Umschichtung von 5,5 Stellen in das neue Amt Kommunikation bleibt der Personalkostenansatz beim "alten" HA gleich. Warum?
7	EPL 0	62		Aufwand für Anzeigen: Wir bitten um Darstellung des Sachverhaltes, warum eine Verdoppelung des Ansatzes erforderlich ist?
8	EPL 0	69	637000	Ist der Ansatz für die Wirtschaftsförderung für eine Stadt wie Biberach nicht etwas wenig? Wir wollen in diesem Zusammenhang auch auf die Entwicklungen im Bereich der Hindenburgstraße hinweisen. Wir hören vermehrt Klagen über den neuen Besatz an Geschäften und den hieraus resultierenden Folgen. Wie sieht die Verwaltung dies?
9	EPL 3	152	584400	Wir bitten um Darstellung der Vergabep Praxis und Begründung warum so wenige KiTas dieses Angebot nutzen. Sind schon Anträge für 2017 eingegangen bzw. welche Projekte wurden aus 2016 geschoben/abgelehnt?
10	EPL 3	180	Prod.- beschreibung	21 + 5 ergibt 45, bitte das Gremium über die Grundlagen der "neuen" Mathematik aufklären
11	EPL 3	183	594000	Was ist unter Kooperation mit Dritten zu verstehen?
12	EPL 4	216	632000	Warum wurde die Elternumfrage nach 2017 verschoben? (Anregung: Thema Birkendorf GS und Talfeld aufnehmen). Wer wird beauftragt und welche Ziele sind formuliert?
13	EPL 4	216	632000	An wen ist die Willkommensbroschüre gerichtet?



14	EPL 6	267	5120000	Unterhaltungsaufwand: Bitte die Systematik und die Zahlen nochmals (mündlich) genauer erläutern. Ist dies so im Straßenkataster abgebildet und sind die vielen kleinen Einzelmaßnahmen überhaupt leistbar?
15	EPL 7	276	678300	Wurden die Bescheide bisher per Brieftaube versandt?
16	EPL 7	295	4000	Bitte den Anstieg der Personalkosten erläutern
17	EPL 9	314	9100	Rechnet die Verwaltung in absehbarer Zeit mit negativen Zinsen?
18	Anlage 8	464	7710	Hohe Reparaturkosten für die Fahrzeuge BC AM 68 (Bj. 2015!!) und BC D Unimog (Bj. 2016!!)
19	Anlage 9	466	2120	Nahwärmenetz Rissegg - was ist geplant?
20	Anlage 10	471	5800	Bitte das Konzept zur Erneuerung der Bibersteffele darstellen
21	Anlage 10	473	500	Ausgleichsmaßnahmen Ayweiher Schlammfang: bitte darstellen, wann geplant?
22	Anlage 10	474	300	Umbau Einfahrtsbereich Brücke Liebherr: bitte darstellen, wann geplant?
23	Anlage 10	474	300	Umgestaltung Schulstraße/Sennhofgasse: verweisen auf unseren Antrag von 2015. Wann ist Umsetzung geplant?
24	Anlage 11	480/ 484		Wir verzichten auf unseren letztjährigen Antrag, diese Anlage um pauschal um 10% zu kürzen. Verschiedene Bsp. (860 € für ein Diktiergerät, 9000 € für eine Küche im Aufenthaltsraum, 5000 € für einen Wasserspender) zeigen, dass die Verwaltung weiterhin einen hohen Standard schätzt.
25	Anlage 11	482	200	Stadteigenes Netz: Fehler, da Stafflangen fehlt
26	Anlage 11	481 ff		Wie viele PC's sollen in 2017 insgesamt angeschafft werden und wie sieht das Beschaffungskonzept aus?
27	Anlage 13	501	3.420.701.000	MV Mettenberg: kurze Erläuterung, warum sich der Ansatz verdoppelt

